Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Rede
Kiel, 13.12.2000

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

SSW stimmt für Haushalt 2001 und gegen Finanzausgleich

Weil die Mehrheitsfraktionen dem SSW in der Frage der Minderheitenzuschüsse entscheidend entgegengekommen sind und durch ihre Änderungsanträge auch im Jugend- und Sozialbereich - wie vom SSW gefordert - nachgebessert haben, hat der SSW in der Schlussabstimmung dem Haushalt 2001 doch noch zustimmen können.

Positiv wertete es der SSW, dass die regierungstragenden Fraktionen in ihren Änderungsanträgen insbesondere im Jugendbereich, aber auch im Sozialhaushalt noch einmal Nachbesserungen vorgenommen hatten. So wurden die Haushaltsansätze für das Programm Schleswig-Holstein Land für Kinder" und für die Förderung von Modellvorhaben in der Kinder- und Jugendhilfe, beispielsweise das Kinderschutzzentrum Westküste, wieder erhöht. Auch die Zuschüsse an den Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung und der Jugendsozialarbeit sind erhöht worden. Im Sozialhaushalt haben die Bekämpfung von AIDS und die Förderung von Migrantinnen einen Nachschlag bekommen.

Dennoch hat der SSW den Entwurf zum kommunalen Finanzausgleichgesetz, mit dem die Kürzung von 75 Mio. DM bei den Kommunen beschlossen werden sind, bei der Einzelabstimmung im Rahmen der 2. Lesung des Haushaltes abgelehnt. Die angespannte Haushaltslage der schleswig-holsteinischen Kommunen lässt grundsätzlich keine zusätzlichen finanziellen Belastungen durch das Land zu. Der SSW hatte deshalb als alternative Finanzierung vorgeschlagen, dass das Land die 57 Mio. DM einsetzt, die

durch die Rückkehr zur Verbeamtung junger Lehrkräfte eingespart werden.

Dazu hat der SSW einen Antrag der FDP-Vorschlag zur Finanzierung einer Aufstockung der Werftenhilfe unterstützt. Die FDP habe vorgeschlagen, die notwendige Erhöhung der Werftenhilfe um 40 Mio. DM in den nächsten 3 Jahren durch Mittel, die eigentlich für das Landesprogramm ZIEL vorgesehen sind, zu finanzieren. Dies hielten die SSW-Abgeordneten für einen realistischen und pragmatischen Vorschlag zur Sicherung von fast 6.000 Arbeitsplätzen im Lande.